Landesbanken

Mühsame Selbstfindung

Das Immobiliengeschäft ist seit vielen Jahren fester Bestandteil des Dienstleistungsangebots und wichtiger Ertragsbringer der deutschen Landesbanken. Die Helaba beispielsweise erwirtschaftet rund zwei Drittel der Erträge mit Immobilienfinanzierungen und Projektentwicklungen im In- und Ausland. Doch auch bei Bayern-LB, LBBW, HSH und der Nord-LB ist das Geschäft mit Gebäuden fester Bestandteil des Geschäftsmodells. Die ehemalige Landesbank Berlin erfreute sich stets der erfolgreichen Berlin Hyp, die auch nach der Zerschlagung des LB-Konzerns noch der Landesbank Berlin Holding AG und damit der Erwerbsgesellschaft und der Beteiligungsgesellschaft der S-Finanzgruppe gehört.

Im Zuge der mühsamen Suche nach der richtigen Aufstellung wird von den jeweiligen Häusern immer wieder die vielbeschworene „Bündelung der Kräfte" geprüft. Da kann das Immobiliengeschäft als eine der tragenden Säulen natürlich nicht außen vor bleiben. Auch wenn sich die Betroffenen fast immer nur aus der Not heraus, denn unter rationalen Aspekten zu einer Konsolidierung durchringen können. Bestes Beispiel: Die Nord-LB. Die viel zu teure und offensichtlich auch viel zu riskante Übernahme der schiffskranken Tochter aus Bremen riss ein tiefes Loch in Bilanz und GuV. Eigenkapital fehlte an allen Ecken und Enden. „Alles steht auf dem Prüfstand" hieß es dann folgerichtig im Mai vergangenen Jahres: Spar- und Effizienzprogramme, Stellenabbau, Beteiligungsverkäufe. Der neue Vorstandschef Thomas Bürkle bespielte das ganze Instrumentarium eines Sanierers. Mehr als überrascht zeigten sich die meisten Beobachter allerdings von seiner Ankündigung, auch die erst 2008 von einer Investorengruppe übernommene Deutsche Hypo zu verkaufen. Lieferte die doch für 2016 einen Gewinn von stolzen 115 Millionen Euro ab, und das gerade mal mit rund 400 Mitarbeitern. Schnell wurde über eine Zusammenlegung mit der sparkasseneigenen Berlin Hyp spekuliert und auch die LBBW warf offensichtlich ein Auge auf die „Perle".

Ein gutes halbes Jahr später ist das alles Makulatur. Die Deutsche Hypo ist wesentlicher Ertragsbringer der Nord-LB, so etwas verkauft man nicht, heißt es nun aus Hannover. War das nicht schon immer klar? Zumindest die Sache mit dem Ertragsbringer. Was ist in diesem halben Jahr passiert? Die Sparkassen haben einen neuen Präsidenten, der sicherlich viel stärker bankpolitisch als politisch denkt. Die Deutsche Hypo hat einen neuen Chef, der langjährige Vorstandsvorsitzende Andreas Pohl bekam den Vertrag nicht verlängert, obwohl erst sechzig Jahre alt. Ob diese Personalien für diesen zwar richtigen, aber der Glaubwürdigkeit der Nord-LB sicherlich nicht zuträglichen neuerlichen Strategieschwenk beeinflusst haben oder ob sich andere Möglichkeiten der Eigenkapitalstärkung aus der Substanz heraus ergeben haben? Man wird es hoffentlich irgendwann erfahren. Die mühsame Selbstfindung der Nord-LB wird damit aber wahrscheinlich noch nicht beendet sein.

Kreditgenossenschaften

Understatement beim Blick nach vorne

Wachsende Volumina haben sich als Basis für mehr Profitabilität und als erfolgreiche Maßnahme im Niedrigzinsumfeld erwiesen. Mit diesen Kernsätzen hat der Finanzvorstand der Commerzbank Ende vergangenen Jahres die Q3-Zahlen seines Hauses kommentiert und Wachstum als wichtiges Element der derzeitigen strategischen Ausrichtung skizziert. Die Volksbank Wiesbaden hat im Berichtsjahr 2017 wie schon in den beiden Vorjahren einen ähnlichen Weg eingeschlagen. Mit einem Plus von 7,0 Prozent auf 3,466 Milliarden Euro sind in dem gewiss nicht attraktiven Zinsumfeld die Kundeneinlagen bemerkenswert stark gewachsen und haben maßgeblich das Bilanzsummenwachstum von 7,2 Prozent auf 4,317 Milliarden Euro getragen. Dass dabei der Zuwachs an Kundeneinlagen von 227,3 Millionen Euro nahezu vollständig zur Ausweitung des Kreditgeschäftes genutzt werden konnte, macht den Vorstandsvorsitzenden Matthias Hildner besonders stolz. Um 7,6 Prozent oder 226,2 Millionen Euro auf 3,222 Milliarden Euro konnten auch die Buchkredite überdurchschnittlich gesteigert werden. Zu verdanken ist das florierende Kreditgeschäft der breiten Verankerung des Instituts im Mittelstandsgeschäft und einem noch einmal gestiegenen Volumen der Immobilienfinanzierung.

Dieser Artikel ist urheberrechtlich geschützt. Die rechtliche Freigabe ist für den Abonnenten oder Erwerber ausschließlich zur eigenen Verwendung.
Fritz Knapp Verlag GmbH

Das gute Wachstum auf der Aktiv- und Passivseite der Bilanz hat die Ertragslage der Volksbank sichtbar gestützt. So konnte der Rückgang des Zinsergebnisses um 1,6 Millionen Euro oder 1,8 Prozent durch einen in absoluten Zahlen fast ebenso hohen Anstieg des Provisionsergebnisses um 1,3 Millionen Euro oder 5,3 Prozent auf 25,8 Millionen Euro nahezu aufgefangen werden. Zu verdanken ist dies insbesondere den Ertragszuwächsen im Wertpapier- sowie im Immobiliengeschäft. Erstere führt der Vorstand nicht zuletzt auf die hohe Akzeptanz des neu eröffneten Wertpapierkompetenzzentrums zurück, das mit seinem eigens eingerichteten Gebäude eher an das Ambiente einer Privatbank, denn an eine Volksbankfiliale erinnert. In absoluten Zahlen wird das Ertragsplus im Wertpapiergeschäft von der Volksbank zwar ebenso wenig genannt wie in der ebenfalls florierenden Immobilienvermittlung. Für Letztere wird allerdings die Steigerung auf stattliche 60 Prozent beziffert.

Zur vergleichsweise guten Ertragslage beigetragen hat auch die Kostenseite. Wie bei allen Instituten galt es auf der Personalkostenseite, Tarifsteigerungen aufzufangen (plus 1,5 Prozent ab April 2017) und bei den um 2,4 Prozent auf 16,9 Millionen Euro gestiegenen Sachkosten die notwendigen Investitionen für die Herausforderungen der Digitalisierung im Blick zu behalten. Zudem hatte die Bank weitere Zuführungen zu Pensionsrückstellungen zu verkraften, die den Saldo der sonstigen betrieblichen Erträge und Aufwendungen um 2,8 Millionen Euro auf minus 2,6 Millionen Euro abrutschen ließen. Unter diesen Vorzeichen fiel der Anstieg der Verwaltungsaufwendungen mit 1,2 Prozent auf 60 Millionen Euro eher moderat aus. Vor Bewertung steht ein Ergebnis von 52,2 (56,1) Millionen Euro zu Buche. Und weitere Kennzahlen wie eine Cost Income Ratio von 53,8 (51,5) Prozent und die Gesamtkapitalquote von 19,7 (20,0) Prozent brauchen den Branchenvergleich ebenso wenig zu scheuen wie die unveränderte Dividendenzahlung von 6 Prozent an die 67 249 Mitglieder.

Wenn Matthias Hildner für sein Haus für das laufende Jahr – trotz anhaltenden Drucks auf das Zinsergebnis – eine weiterhin passable Ertragslage prognostiziert und angesichts der Planungsrechnungen auch für weitere fünf Perioden sehr gelassen die Überlebensfähigkeit gewährleistet sieht, klingt das eher nach Understatement denn als gewagte Aussage. Auf alle Ortsbanken aus den Verbünden lässt sich diese Einschätzung aber sicher nicht übertragen. Denn viele finden in ihrer Region deutlich schwierigere wirtschaftliche Rahmenbedingungen vor als sie Wiesbaden oder der gesamte Großraum Rhein-Main derzeit bieten. Insbesondere viele kleinere Häuser werden auch 2018 im Niedrigzinsumfeld mit der Umsetzung von Regulierungsvorgaben wie MiFID II (siehe auch Leitartikel in diesem Heft) zu kämpfen haben und Fusionen mit ins Kalkül nehmen.

Deutsche Bank

Erfolgsspuren gesucht

Eine Gewinnwarnung ist für börsennotierte Unternehmen immer unschön. Wenn sie wie nun bei der Deutschen Bank nach den negativen Jahresergebnissen von 6,78 Milliarden Euro nach Steuern für 2015 und 1,36 Milliarden Euro für 2016 gleich zu Beginn des laufenden Jahres auch die Bilanzsaison 2017 vermiest und zum dritten Verlust infolge führt, markiert das in der Historie der Ertragsrechnung des einst so stolzen Hauses schon eine bemerkenswerte Delle. Dem Aktienkurs der Bank und ihrem Image an den weltweiten Kapitalmärkten und in der hiesigen Öffentlichkeit ist das ohne jede Frage abträglich. Aber es dokumentiert eigentlich nur die möglichen Folgen der ohnehin bekannten Lage.

Die Bank ist in ihrer strategischen Ausrichtung tendenziell zinsabhängig, ihre Effizienz lässt zu wünschen übrig und in einer Niedrigzinssituation wirkt beides besonders belastend. Nicht von ungefähr hat Vorstandschef John Cryan in den vergangenen Monaten wiederholt eine Normalisierung der Zinspolitik angemahnt und eigene Anstrengungen zur Effizienzsteigerung angekündigt.

Dass nun ein Sondereffekt aus der US-amerikanischen Steuerreform die Deutsche Bank dermaßen hart trifft, ist rein formal den bilanztechnischen und steuerrechtlichen Konsequenzen der internationalen Bilanzierungsvorschriften geschuldet. Nicht zuletzt die enormen Strafzahlungen zur Beilegung der diversen Rechtsstreitigkeiten mit den US-amerikanischen Instanzen aus den vergangenen Jahren lassen nun eine nachträgliche Belastung von rund 1,5 Milliarden Euro entstehen. In der

Dieser Artikel ist urheberrechtlich geschützt. Die rechtliche Freigabe ist für den Abonnenten oder Erwerber ausschließlich zur eigenen Verwendung.
Fritz Knapp Verlag GmbH

Praxis und auch in der öffentlichen Wahrnehmung fühlt sich das wie eine erneute Strafaktion für Verfehlungen der Vergangenheit an.

Man kann darüber streiten, ob das gleich wieder eine grundsätzliche Strategiediskussion auslösen muss. Aber bei der endgültigen Präsentation der Jahreszahlen 2017 sollte die Bank vielleicht doch die eine oder andere Erfolgsspur aufzeigen, die sich in den vergangenen Monaten positiv entwickelt hat und auch auf absehbare Zeit eine echte Trendwende erkennen lässt. Oder hat die Bank wirklich keine passenden Antworten auf die Markt- und Rahmenbedingungen des modernen Bankgeschäfts?

Insolvenzen

Schuldentragfähigkeit im Blick

Das Jahr 2017 eingerechnet weist die jährliche Statistik des Informationsdienstleistes Creditreform nun schon zum achten Mal in Folge einen Rückgang der Unternehmensinsolvenzen auf rund 20 200 Fälle aus. Seit der Inkraftsetzung der gültigen Insolvenzordnung im Jahre 1999 waren es nie weniger. Auch unter der alten Konkursordnung wurde zuletzt 1994 ein vergleichbar niedriger Stand erreicht. Und der Prognose nach sollen es für das laufende Jahr sogar noch einmal weniger werden. Das genannte Spektrum von 18 000 bis 20 000 würde gegenüber dem relativen Höchststand von 39 470 im Jahr 2003 eine Halbierung bedeuten.

Wie gewohnt zeigte das Jahr 2017 Unterschiede nach Bundesländern, nach der Altersstruktur der Unternehmen und nach Branchen. So weist Baden-Württemberg mit 38 Fällen pro 10 000 Unternehmen die niedrigste Insolvenzquote auf, das nicht zuletzt von vielen Startups geprägte Berlin mit 93 die höchste. Grundsätzlich müssen etablierte Unternehmen nach wie vor deutlich seltener Insolvenz anmelden als junge Unternehmen. Gegenüber früheren Jahren waren allerdings 2017 „ältere Unternehmen“ (mehr als 20 Jahre) stärker betroffen als in früheren Jahren. Und es gibt besonders risikobehaftete Branchen wie Abbruchunternehmen, Umzugstransporte, Post- und Kurier- sowie private Wach- und Sicherheitsdienste.

Eine kontinuierliche Entspannung zeigen seit dem Jahre 2010 mit ihren 109 960 Fällen auch die Verbraucherinsolvenzen, denen nach rund 72 100 im Jahre 2017 ein weiterer Rückgang auf 66 000 bis 68 000 prognostiziert wird. Trotz all dieser tendenziell positiven Entwicklungen dürfen die Banken sich nicht sicher wähnen, auch in den kommenden Jahren mit der niedrigen Risikovorsorge der Vorjahre auszukommen, denn die jüngste Studie fördert auch einen erstaunlich hohen Bodensatz von Unternehmen zutage, deren Schuldentragfähigkeit schon heute unzureichend ist und die damit in noch größere Schwierigkeiten kommen, wenn die Notenbanken die Zinswende vollziehen sollten und damit die Fremdkapitalzinsen wieder ansteigen sollten. Als Indikator dient dabei der sogenannte Zinsdeckungsgrad als Quotient des operativen Ergebnisses und der jährlichen Zinsaufwendungen. Sinkt dieser Wert unter 1 sind die Unternehmen nicht mehr in der Lage, ihre Fremdkapitalbelastungen aus dem operativen Geschäft zu tragen. Und genau diesen Befund hat Creditreform anhand einer Analyse von 7 400 Unternehmen aller Größenklassen, Branchen und Regionen Stand Ende 2017 für immerhin 15,4 Prozent der deutschen Unternehmen ermittelt.

An dieser Stelle kommt sinngemäß der Begriff Zombie-Firmen ins Spiel, den die OECD in einem Bericht kürzlich umschrieben hat. Es geht dabei um Unternehmen, die einerseits verschuldet sind und gleichzeitig ihre Produkte und Dienstleistungen nicht rentabel produzieren können. Solange Banken unter den günstigen Zinsen am Kapitalmarkt die Kredite nicht fällig stellen, sondern lieber zu den derzeit günstigen Zinsen weitere Mittel ausreichen, tauchen solche Unternehmen in der Insolvenzstatistik nicht auf. Bei einem veränderten Zinsszenario könnten sich solche Fälle aber sehr schnell in der Insolvenzstatistik niederschlagen.

Genau diesen Effekt hat Creditreform in der angesprochenen Studie in einer Szenariorechnung mit drei Stressfaktoren durchgespielt. Würde der durch eine Zinserhöhung der EZB ausgelöste Effekt die Zinsen der langfristigen Finanzierung der Banken um 1,5 Prozentpunkte auf 4,5 Prozent anwachsen lassen, wären 16,9 Prozent der Unternehmen mit ihren operativen Erträgen nicht mehr in der Lage, eine Zinsdeckung darzustellen. Käme dazu noch eine Ertragsverschlechterung bei den Unternehmen um 20 Prozent, würden 18,5 Prozent

Dieser Artikel ist urheberrechtlich geschützt. Die rechtliche Freigabe ist für den Abonnenten oder Erwerber ausschließlich zur eigenen Verwendung.
Fritz Knapp Verlag GmbH

in Schwierigkeiten geraten. Und bei einer Verdopplung der langfristigen Fremdkapitalzinsen auf 6 Prozent wären 19,3 Prozent der Unternehmen überfordert. Der Tendenz nach schneiden in dieser fiktiven Rechnung Großunternehmen mit über 500 Millionen Bilanzsumme schlechter ab als KMU mit maximal 43 Millionen Euro Bilanzsumme, Unternehmen aus den nördlichen Bundesländern schlechter als die aus südlichen Bundesländern sowie Dienstleister schlechter als verarbeitendes Gewerbe und vor allen Dingen Bau und Handel.

Börsen

Schweizer Empörung

Die Schweizer Politik ist in Aufruhr. Lediglich für ein weiteres Jahr hat die EU-Kommission die Schweizer Börsenregulierung als äquivalent anerkannt – statt unbefristet, wie von der Schweiz erhofft. Das hat schwerwiegende Folgen. Ohne Anerkennung als Dritthandelsplatz erhalten die EU-Handelsteilnehmer und damit institutionelle und private Investoren in Europa keinen Zugang mehr zum Schweizer Markt. Große Handelsvolumen könnten Schweizer Börsen wie Six verloren gehen.

Die Börsenhändler in der Schweiz wiederum können weiterhin an den EU-Märkten handeln, auch wenn die Schweiz keinen Status als Dritthandelsplatz bekommt. Denn die EU kann mit der Regulierung für Wertpapier-Dienstleistungen (MiFID II/MiFIR) nur den europäischen Wertpapierfirmen die Vorgabe machen, Aktien an einem gleichwertigen Drittlandhandelsplatz zu handeln. Der Schweizer Finanzplatz pocht jedoch nicht nur auf die Äquivalenz der Börsenregulierung, sondern ebenfalls auf die Anerkennungen im Bereich alternative Fonds, Derivateregulierung und Weitere.

Eine Verlängerung hänge von den Verhandlungsfortschritten beim institutionellen Rahmenabkommen ab, hatte EU-Vizekommissar Valdis Dombrovskis die Entscheidung der EU-Kommission von Mitte Dezember 2017 begründet. Die Anerkennung der Gleichwertigkeit könne aber „im Falle von genügend Fortschritten“ verlängert werden. Hintergrund der Kontroverse ist, dass die Europäische Union seit Jahren auf ein Rahmenabkommen mit der Schweiz drängt. Ziel davon soll sein, alle bilateralen Verträge in einen Ordnungsrahmen zu fassen, der auch die jeweilige Anpassung an die Weiterentwicklung von EU-Recht vorsieht. Ein solches Rahmenabkommen ist in der Schweizer Politik und auch in der Bevölkerung jedoch stark umstritten. Denn für dessen finale Überwachung wäre der EU-Gerichtshof ohne Beteiligung Schweizer Richter zuständig und das ist in der Alpenrepublik nur schwer vermittelbar. Dort spricht man währenddessen von „diskriminierenden Beschlüssen“ vonseiten der EU und sieht die Befürchtung bestätigt, dass die Gleichwertigkeitsanerkennung bei politischen Verhandlungen von Brüssel als Druckmittel gegen die Schweiz eingesetzt werden kann. Besonders, weil man der Meinung ist, zur Erlangung der begehrten Äquivalenz viel getan zu haben.

Das neue Finanzmarktinfrastrukturgesetz ist aus Sicht der Schweizer Politik beispielsweise exakt auf die in der EU geltenden Bestimmungen zugeschnitten. Dass die Schweiz die Bedingungen der Börsenäquivalenz technisch erfüllt, hatte ihr die europäische Marktaufsichtsbehörde ESMA schon vor einiger Zeit beschieden. All das sieht der Bundesrat in Bern als Zeichen, „dass dieser Entscheid der Europäischen Union zum Ziel hat, den Finanzplatz Schweiz zu schwächen“.

Es wirkt als würde ein politischer Machtkampf auf dem Rücken der Schweizer Börse ausgetragen. Neben dem Druckmittel für ein Rahmenabkommen, ist ein von der Schweizer Politik unbeachteter, zusätzlich naheliegender Gedanke ist auch, dass Brüssel mitten in den Brexit-Gesprächen einem wichtigen Drittstaat wie der Schweiz keine Zugeständnisse machen will, auf die sich London später berufen könnte. Unbeachtet der Gründe, hätte ein langfristiges Ausbleiben der Gleichwertigkeitsanerkennung für die Schweiz zweifellos einen erheblichen Bedeutungsverlust von Kapitalmarkt und Handelsplatz zur Folge.

Besonders muss die Schweiz die Entscheidung der EU vor dem Hintergrund schmerzen, dass die Anerkennung der Gleichwertigkeit der Börsen in Australien, in Hongkong und den USA bereits zeitlich unbefristet ausgesprochen wurde. Die Begründung der Kommission, dass der signifikante Unterschied sei, dass die Schweiz Zugang zum EU-Binnenmarkt habe und die anderen Länder nicht, wird in Bern so schnell niemand trösten.

Dieser Artikel ist urheberrechtlich geschützt. Die rechtliche Freigabe ist für den Abonnenten oder Erwerber ausschließlich zur eigenen Verwendung.
Fritz Knapp Verlag GmbH